

Kayo folgt seiner feinen Nase

Mit speziell ausgebildeten Labrador-Spürhunden sucht die Transportpolizei gezielt nach Sprengstoff.

Lorenz Degen

Vor der SBB-Betriebszentrale Mitte in Olten stehen zehn Pylonen in einer Reihe. In Nummer drei hat Hundeführer Bernhard Oppliger ein Fläschchen mit Sprengstoff versteckt. Christian Zingg, Chef der Sprengstoff-Spürhunde, geht mit dem angeleinten Labrador Kayo vorbei. Kayo schnuppert an den Kegelöffnungen und bleibt bei Nummer drei stehen. Zingg zieht das Fläschchen hervor und wirft Kayo einen Tennisball zu, den der Hund freudig schnappt. «Das «Bälleli» ist für Kayo das Grösste», erklärt Zingg. Spielerisch werden speziell ausgewählte Hunde zur Sprengstoffsuche erzogen. Insgesamt neun Hunde stehen bei der Transportpolizei (TPO) für die Sprengstoffsuche im Einsatz. Die Hunde kommen von Züchtern, mit denen eine langjährige Vertrauensbasis besteht. Kayo kam als zehnwöchiger Welpe zu Zingg, bei dem er lebt und der ihn trainiert. Hund und Halter sind ein eingespieltes Team.

Kayos Aufgabe ist es, auf den Bahnhöfen und in Eisenbahnwagen nach möglichen Bomben oder Munition zu suchen. Kayo zieht Zingg dann durch die Menge. Der Hund bleibt ruhig, auch wenn es die Umgebung nicht ist: «Es gibt Leute, die wollen Fotos von ihm machen, Kinder streicheln ihn gerne», berichtet Zingg. Wenn Kayos feine Nase auf einen Geruch anspricht, verharret er am Ort. «Er beisst nicht und stoppt niemanden. Dafür gibt es andere Hunderassen, Schäfer zum Beispiel.» Die Patrouille kontrolliert dann die Person, von der ein Geruch ausströmt. Dabei entpuppt sich eine Situation manchmal auch als harmlos: «Neulich hielt er bei einer älteren Dame an. Es stellte sich heraus, dass sie als Kunstmalerin tätig ist und am Vortrag mit Nitroverdünner hantierte.» Denn Kayo wittert auch Zutaten



Probanden stellen sich für einen Test zur Verfügung. Labrador Kayo findet die mit Sprengstoff kontaminierte Tasche.

Bild: Lorenz Degen

für die Sprengstoff-Herstellung. Im Gespräch klären sich dann solche Situationen. «Reden mit den Leuten ist das Wichtigste», sagt Zingg.

Notrufzentrale rund um die Uhr besetzt

Die Transportpolizei ging aus der ehemaligen Bahnpolizei hervor und wurde 2011 gegründet. 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auf 12 Stützpunkte über die ganze Schweiz verteilt. Die TPO arbeitet sehr eng mit den lokalen Polizeibehörden und mit anderen Organisationen aus dem Sicherheitsbereich wie dem Grenzschutz zusammen. In der Betriebszentrale Mitte der SBB befindet sich auch die Einsatzleitzentrale, wo die Notrufe eingehen. Rund um die Uhr, das

ganze Jahr hindurch, sind Polizistinnen und Polizisten bereit, auf Hilfemeldungen zu reagieren. Für interne Notrufe von den SBB und den anderen angeschlossenen Bahnen gibt es eine separate Nummer, die externen Anrufe laufen über die Nummer 0800 117 117. Es kann passieren, dass ungewollter Kontakt hergestellt wird, was gerade in den S-Bahnen häufig vorkommt. Wer aus Versehen den Notrufknopf drückt, löst sofort einen Ruf aus, obwohl er eigentlich nur die Tür öffnen wollte.

Liegt ein Notfall vor, kann die Einsatzleitzentrale die Hilfe aufbieten, sei es durch eine Patrouille, einen Rettungswagen oder eine Ortung der Person. Dies geschieht über einen Link, der von der hilfesuchenden Person via SMS aktiviert werden

kann. Pro Jahr treffen etwa 180 000 Anrufe ein, 37 000 Geschäftsfälle wurden letztes Jahr eröffnet. Bei strafrechtlichen Delikten übernimmt dann die jeweilige Kantonspolizei die Ermittlungen. Gesetzliche Grundlage der Transportpolizei ist das Bundesgesetz über die Sicherheitsorgane der Transportunternehmen im öffentlichen Verkehr von 2010. Bis dahin hatte das (mehrfach ergänzte) Bahnpolizeigesetz von 1878 Bestand.

Das Einsatzgebiet der Transportpolizei umfasst das ganze SBB-Netz mit seinen 800 Bahnhöfen und Haltestellen sowie den Zürcher Verkehrsverbund und einige Privatbahnen wie die Schweizerische Südostbahn. Ressourcenmanagement ist oberstes Gebot. «Wir fokussieren uns auf die Brennpunkte. Es

hat keinen Sinn, im Pendlergewühl am Montagmorgen zu patrouillieren. Freitagnacht und Samstagnacht und die anschliessenden Frühzüge sind Zeiten, wo wir besonders aktiv sind», erklärt Major Anton Emmenegger, stellvertretender Kommandant. Auch Taschen- und Gepäckdiebstähle werden gezielt bekämpft. Nebst der Prävention ist die Transportpolizei auch in der Delikt-Aufarbeitung tätig.

Ein wichtiger Bereich ist die Video-Auswertung in den Zügen geworden. Eine eigene Videogruppe sichert die Aufnahmen, die sonst vom Gesetz her nach 72 Stunden gelöscht werden. 3300 Videoauswertungen wurden 2018 getätigt. Etliche Täter konnten so mit Hilfe der Transportpolizei überführt werden.

Der Bund lässt sich nicht beirren

Finanzausgleich Die Ansage aus dem Kanton Solothurn war ziemlich steil. Zwar konzedierte der Kanton, es habe bei der Datenlieferung zu den Ergänzungsleistungen an den Bund technische Probleme gegeben. Konkret geht es darum, dass die EFK dem Kanton laut Prüfung der Datenbearbeitung durch die Verwaltungseinheiten von Bund und Kantonen zum Schluss kam, dass die Datenlieferung ungenügend war und vor diesem Hintergrund finanzielle Konsequenzen angekündigt wurden.

War der Umfang der Reduktion des Finanzausgleichs bis dato unbekannt, zeigen die Arbeiten der EFK nun, dass die Absenkung des Armutsfaktors rund einen Prozentpunkt ausmacht und eine Verschlechterung der Finanzausgleichsbeträge im laufenden Jahr um ungefähr 3,5 Mio. Franken bewirkt.

Das will sich der Kanton nicht bieten lassen. Er reagierte scharf auf die Mitteilung der EFK über die finanziellen Folgen und sprach nicht weniger als von einem Verlust, der «nicht nachvollziehbar» sei. Erstens sei der Unterschied zwischen kumulierten und stichtagsbezogenen Daten zu Personen und Fällen nur gering. Zweitens erscheine die Armutsquote auffallend hoch und sei deswegen «nicht repräsentativ».

Nun, auf Anfrage lässt sich die EFK nicht beirren. Sie richtet auf Anfrage aus, sie kommentiere die Sache nicht. Gleichzeitig verweist sie auf die einschlägigen Passagen in der vom Kanton monierten Prüfung der Datenbearbeitung. Ein Indiz dafür, dass sich Solothurn keine übertriebenen Hoffnungen machen sollte. (bbr)

Kommission gegen Steuerprivilegien

Steuergesetz II Die kantonsrätliche Finanzkommission (Fiko) diskutierte mehrere Anträge zum bestehenden Steuergesetz. Beim Auftrag von Rémy Wyssmann (SVP, Kriegstetten) zur Steuerehrlichkeit bei den Staatsbetrieben und beim fraktionsübergreifenden Auftrag zur Abschaffung von Steuerprivilegien, die ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile verschaffen, folgt die Fiko dem präzisierten Antrag der Regierung auf Erheblichkeitsklärung.

Die Fiko ist der Ansicht, dass das Steuergesetz bezüglich der Steuerprivilegien überarbeitet werden muss. Eine Differenzierung zwischen der Aufgabenerfüllung von hoheitlichen Staatsaufgaben und gewerblichen oder industriellen Arbeiten in Bezug auf die Steuerpflicht ist gemäss Bundesgesetz möglich. Ebenso ist eine Differenzierung der Steuerpflicht bei gemeinnützigen, steuerbefreiten Institutionen anzugehen. Die Regierung hatte eine Umsetzung schon mit der ersten Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung geplant. Mit der Überweisung der Aufträge könne die Detailarbeit und die politische Diskussion nun fundiert aufgenommen werden können, so die Fiko. (sks)

«Ein absolutes Desaster für die Betroffenen»

Die Schliessung der stationären Kinder- und Jugendpsychiatrie in Solothurn wirft Wellen.

Der Entscheid der Solothurner Spitäler AG soH, die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie Ende Jahr zu schliessen, stösst manchenorts auf Unverständnis und dürfte auch noch die Politik beschäftigen. «Ein absolutes Desaster für die betroffenen Kinder, Familien und Angestellten», enervierte sich Kantonsrätin Barbara Wyss Flück in den sozialen Medien. Es ist damit zu rechnen, dass die Fraktionschefin der Grünen mit einem Vorstoss Rechenschaft verlangt. Hier stehe auch der Kanton als Eigner in der Verantwortung, so Wyss. Wie geht es in den nächsten Monaten bis zur Schliessung der stationären Abteilung weiter, wer bildete überhaupt die Arbeitsgruppe, die den Entscheid vorbereitete, und wer hat sich dort aus welchen Gründen

für welche Variante ausgesprochen? Solche Fragen will sie geklärt haben, denn das sei heute nicht einmal für das Kaderpersonal des kinderpsychiatrischen Diensts nachvollziehbar, wie sie bei entsprechenden Kontakten festgestellt habe.

Zur Mitverantwortung des Kantons: «Der Entscheid ist in enger Abstimmung mit dem Eigentümer erfolgt», heisst es dazu bei der soH. Auf Anfrage bestätigt Heinrich Schwarz, Departementssekretärs des Departements des Innern, dass man laufend über den Entscheidungsprozess informiert worden sei. Hingegen ist nicht vorgesehen, dass der Kanton in die unternehmerischen Entscheide der soH eingreift, diese könnte theoretisch ganze Spitäler ohne Zustimmung der Regierung

schliessen. Wobei: Es seien schon klare Erwartungen bezüglich des Ausbaus der ambulanten Kinder- und Jugendpsychiatrie zum Ausdruck gebracht worden, so Schwarz. Dies betreffe insbesondere den Aufbau eines tagesklinischen Angebots, von dem in der Mitteilung der soH am Dienstag erst vage, unter dem Begriff «gegebenenfalls», die Rede war.

31 Vollzeitstellen, 50 Mitarbeitende betroffen

Obwohl sich Änderungen abzeichneten, fielen manche Mitarbeitende der psychiatrischen Dienste aus allen Wolken, als ihnen der Schliessungsentscheid am Montag eröffnet wurde. Es geht um 31 Vollzeitstellen, die wegfallen. Betroffen sind nach Auskunft der soH 50 Personen,

unter denen sich auch Zivildienstleistende und Auszubildende befänden. «Ob und wie viele Kündigungen ausgesprochen werden müssen, kann zurzeit nicht gesagt werden», hiess es am Donnerstag. Die Gespräche mit den Betroffenen seien aber bereits in Gang und man suche gemeinsam nach geeigneten langfristigen Perspektiven bei der soH oder auch bei deren Partnern. Ein Sozialplan sei nicht nötig.

Was erstaunen mag: Noch vor wenigen Jahren plante man einen Ausbau des stationären Angebots in der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Solothurn, ein Neubauprojekt wurde dann zwar 2014 gestoppt, allerdings aus rein finanziellen Gründen. Warum ist heute nun die Auslagerung nach Basel, Liestal und

Bern die bessere Lösung? Die Rahmenbedingungen hätten sich definitiv geändert, schreibt die soH auf Nachfrage dazu, gerade die stationäre Kinder- und Jugendpsychiatrie befinde sich besonders stark im Umbruch. Es gebe keine finanziellen Gründe für den Entscheid, wirtschaftlich betrachtet habe man in der Kinder- und Jugendpsychiatrie sogar ein gutes Jahr gehabt. «Wir stellen hingegen fest, dass sich das Patientengut verändert, so die soH weiter. Es bewege sich in Richtung immer komplexerer Krankheitsbilder, und dafür seien grössere Zentren betreffend Infrastruktur, Fachkräften und spezifischen Angeboten besser geeignet als die kleine Klinik in Solothurn.

Urs Moser